



Die Stadtverordnetenversammlung

Tagesordnung II Punkt 3 der öffentlichen Sitzung am 20. November 2025

Antrags-Nr. 25-F-63-0072

Maßnahmen zur Steigerung der Verkehrssicherheit für den Rad- und Fußverkehr bei Abbiegevorgängen

- Antrag der Fraktionen Volt, Bündnis 90/Die Grünen, SPD, und Die Linke vom 28.10.2025 -

Am 29. September 2025 kam es an der Kreuzung Rheingaustraße/Äppelallee in Wiesbaden-Schierstein zu einem tragischen Verkehrsunfall. Eine Radfahrerin wurde beim Rechts-Abbiegevorgang eines Pkw schwerstverletzt und ist in Folge des Unfalls verstorben.

Laut Verkehrsunfallstatistik für die Polizeidirektion Wiesbaden verletzten sich im Jahr 2022 insgesamt 218 Radfahrende. Hauptunfallursache gegenüber Radfahrenden waren "Fehler beim Abbiegen (§9) nach rechts", "Nichtbeachten der die Vorfahrt regelnden Verkehrszeichen" und "Fehler beim Abbiegen (§9) nach links".¹ Auch zahlreiche Fußgänger:innen waren in Verkehrsunfälle verwickelt. 2022 gab es 187 Verkehrsunfälle mit Fußgänger:innen. Dabei wurden 25 schwer verletzt.² Abbiegevorgänge sind riskant und potenziell unfallgefährdet, weil Radfahrende in manchen Konstellationen im toten Winkel stehen oder nicht wahrgenommen werden, insbesondere wenn Infrastruktur, Sichtbeziehung oder Signalisierung unzureichend sind. In der ADAC-Erhebung "Fahrradsicherheit an Kreuzungen 2019" erhielt Wiesbaden die Note ausreichend.³

Durch technische, organisatorische und infrastrukturelle Maßnahmen kann das Unfallrisiko reduziert werden. Maßnahmen wie getrennte Ampelphasen, Sichtverbesserungen, Markierungen sowie Bewusstseinsbildung haben sich bewährt und in anderen Städten zu Rückgängen bei Abbiegeunfällen geführt. Wiesbaden ist gefordert, die Verkehrssicherheit für Radfahrende und Fußgänger:innen zu prüfen mit dem Ziel, die Sicherheit für diese Verkehrsteilnehmer:innen in Wiesbaden zu verbessern.

Der Ausschuss für Mobilität möge beschließen:

Die Stadtverordnetenversammlung möge beschließen:

Der Magistrat wird gebeten,

1. zu berichten, welche Bereiche als besondere Gefahrenstellen für den Rad- und Fußverkehr, insbesondere durch abbiegende PKWs und LKWs, gesehen werden und welche Maßnahmen zur Entschärfung geplant oder bereits umgesetzt sind.
2. zu prüfen, welche Maßnahmen in diesen Bereichen das Unfallrisiko für Abbiegeunfälle reduzieren können
 - a. Installation eines Grünvorlaufs oder einer separaten Fahrradampelphase, damit Radfahrende, insbesondere beim Linksabbiegen, eine eigene sichere Zeitspanne erhalten, wenn die Kfz-Ströme ruhen,
 - b. Einrichtung von sichtverbessernden Maßnahmen, z. B.: Entfernen oder Versetzen von Sichtbehinderungen oder Nutzung von Bodenmarkierungen,
 - c. Reduzierung der zulässigen Höchstgeschwindigkeit,

¹ Verkehrsunfallstatistik Polizeidirektion Wiesbaden

² Verkehrsunfallstatistik Polizeidirektion Wiesbaden

³ Testergebnisse

- d. Beschilderung, die auf kreuzenden Rad- und Fußverkehr hinweist, ggf. ergänzt durch Symbole auf der Fahrbahn,
 - e. Bauliche Anpassung am Knotenpunkt, insbesondere bei frei laufenden Rechtsabbiegern, wie am Beispiel der Stadt Köln⁴,
3. soweit Informationen verfügbar sind, über Unfallhergang und -ursache mit Radfahrenden und Fußgänger:innen in Wiesbaden auch unter Angabe der Unfallstelle im Ausschuss jährlich zu berichten sowie bei Bedarf, Maßnahmen zur Verbesserung vor Ort vorzuschlagen.⁵
-

Beschluss Nr. 0309

Der Antrag wird angenommen.

(antragsgemäß Ausschuss für Mobilität 06.11.2025 BP 0099)

Dem Magistrat
mit der Bitte um weitere Veranlassung

Wiesbaden, 20.11.2025
im Auftrag

Dr. Heimlich

Der Magistrat
-16 -

Wiesbaden, 20.11.2025
im Auftrag

Dezernat V
mit der Bitte um weitere Veranlassung

Bock

⁴ Baukastenelemente frei laufende Rechtsabbieger

⁵ Vgl. Mitteilung 3223/2017 Verkehrsausschuss Köln 05.12.2017 Anlage 1